



Antrag Nr. VI-A-08161

Status: öffentlich

Eingereicht von
Fraktion DIE LINKE

Betreff:
Entwicklung eines Konzeptes zum Gedenken an die Opfer und Orte von Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Leipzig

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

FA Kultur
Ratsversammlung

26.06.2019

1. Lesung
1. Lesung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Leipzig anerkennt, dass der Gebäudekomplex in der Kamenzer Straße 10/12 als ehemaliges Zwangsarbeiter*innenlager der HASAG und größtes Frauenaußenlager des KZ Buchenwald von besonderer historischer Bedeutung ist und verurteilt die aktuelle Nutzung durch Neonazis.
2. Die Adresse Kamenzer Straße 10/12 wird mit einer offiziellen Gedenktafel ausgestattet.
3. Gemeinsam mit der Gedenkstätte für Zwangsarbeit und weiteren Initiativen wird für das Gedenken an die Opfer und Orte von Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in Leipzig ein Konzept entwickelt. Die Bemühungen um die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63 werden einbezogen.
4. Für den Prozess der Konzeptentwicklung werden 50.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Auf dem Gelände in der heutigen Kamenzer Straße 10/12 befand sich zwischen Juni 1944 und April 1945 das größte Frauenaußenlager des KZ Buchenwald, das Außenlager „HASAG Leipzig“. In diesem Lager waren über 5.000 Frauen und Mädchen eingesperrt. Der Großteil der Häftlinge waren jüdische Polinnen, aber auch viele sogenannte „politische Häftlinge“. Sie mussten schwerste Zwangsarbeit für den Leipziger Rüstungsbetrieb Hugo-Schneider-Aktiengesellschaft (HASAG) leisten, dessen großes Fabrikgelände südlich an das Lager grenzte.

Wenige Tage vor Einmarsch der Amerikaner in Leipzig räumte die SS Mitte April 1945 das Lager und trieb die tausenden Häftlingsfrauen auf die sogenannten Todesmärsche quer durch Sachsen. Wie vielerorts in Deutschland wurden auch in Leipzig die während des Nationalsozialismus begangenen Verbrechen und damit auch die Geschichte dieses Ortes in den vergangenen sieben Jahrzehnten weitgehend verschwiegen und aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen. Allein dem Engagement von Initiativen und Einzelpersonen ist es zu verdanken, dass an dieser Stelle seit 2009 eine Erinnerungstafel an das KZ-Außenlager und seine Häftlinge erinnert. Diese Tafel wurde in den vergangenen Jahren immer wieder – mittlerweile sechs Mal – zerstört und in privater Initiative jeweils wieder errichtet.

Seit 2007 befindet sich das Gelände in Privatbesitz. Seitdem finden auf dem Gelände immer wieder Neonazi-Konzerte und -veranstaltungen statt. Seit 2017 soll dort zudem das von Neonazis gegründete und betriebene Freefightteam „Imperim fight team“ seinen Trainingsort haben. Das „Landesamt für Verfassungsschutz“ stuft den Ort als „rechtsextrem genutzte Immobilie“ ein (vgl. Kleine Anfrage Drs. 6/15260 http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=15260&dok_art=Drs&leg_per=6&pos_dok=1&dok_id=undefined).

Seit 2018 fordern Initiativen die „Schließung des Neonazitreffs und die Errichtung eines würdigen Gedenkortes“. Dieser Forderung soll die Stadt Leipzig Rechnung tragen, indem sie dort im öffentlichen Raum zumindest einen offiziellen Hinweis auf die historische Nutzung des Gebäudes als KZ-Außenlager installiert.

Darüber hinaus soll die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, vor allem der Gedenkstätte für Zwangsarbeit, ein Konzept erarbeiten, um Orte der Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus in Leipzig sichtbarer und bekannter zu machen und die Aufarbeitung weiter zu befördern. Dies soll im Zusammenhang mit dem durch den Ratsbeschluss auf den Weg gebrachten „Gedenken an politisch motiviertes Unrecht im Gebäudekomplex Riebeckstraße“ geschehen.